

Klaus Harpprecht

Zwischenruf: Nicht einmal die *Bild*-Zeitung kann den Euro und Europa zugrunde richten

Niemand wird dem Chefredakteur Diekmann unterstellen, dass seine Sensibilitäten und seine Skrupel so massiv konstruiert sind wie die täglich dickeren Balkenüberschriften seiner *Bild*-Zeitung in der Griechenland-Krise. Sein journalistisches Gewissen (sofern es das gibt) scheint ihn nicht gewarnt zu haben, dass er mit seiner Entrüstungs- und Verdammungs-offensive den Verdacht der Volksverhetzung nahe legte. Natürlich erhob niemand Klage. Die Erklärung für die Unterlassung ist einfach: Die kritischeren Leser des Blattes räumen dem Chef und seinen Hauptredakteuren schon lange Schuldunfähigkeit nach § 20 StGB ein. Was die verheuchelte Schamlosigkeit angeht, dazu ist – im Vergleich – jedes Eros-Center eine Nonnenschule.

Die *Bild*-Kampagne sollte den deutschen Generalverdacht schüren, dass wir die »Zahlmeister Europas« seien. Kaum einer unserer Politiker findet jemals den Mut, unseren Landsleuten klipp und klar zu sagen, dass keine Gesellschaft vom größten Binnenmarkt des Erdkreises mehr profitiert als die Deutschen. Dass wir uns als »Export-Weltmeister« (und nun immerhin Vizemeister) aufspielen konnten, weil an die drei Viertel der Maschinen und Waren, die wir draußen verkaufen, in Wahrheit an die Partner in der Union geliefert werden, deren Bedarf und deren Zahlungsfähigkeit dank der europäischen Vereinigung stetig gewachsen sind. Von einem Export im klassischen Sinn kann keine Rede sein, sondern von dem steigenden Absatz im wachsenden Binnenmarkt Europas.



Reiner Zensen

Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft*/Frankfurter Hefte, war Berater von Willy Brandt. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. Im Februar erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

Man sollte es wieder und wieder in die Köpfe der Journalisten und der Bürger walken, dass sich der geschmähte Euro als ein Schutzwall gegen die gigantischen Spekulationen bewährt hat, die in der Finanzkrise unsere nationalen Währungen zerfetzt hätten – siehe das Geschick Großbritanniens, dessen Pfund ein Drittel seines Wertes verlor. Inzwischen ist erwiesen, dass das Mutterland des modernen Kapitalismus genau so unbekümmert über seine Verhältnisse gelebt hat wie Griechenland. Es wird sich dennoch – da die Finanzen die wichtigste seiner Industrien geworden ist (zum Unglück seiner Bürger) – mit hoffärtiger Bonhomie gegen eine Transaktionssteuer zur Wehr setzen, die nach der Kontrolle der großen Geldmanipulatoren durch die EU als nächster Schritt beschlossen werden sollte: ein erster Erfolg der sozialdemokratischen Opposition, die als eine wahrhaft konstruktive bezeichnet werden darf.

Der zweite muss folgen. Sieht der Vertrag von Lissabon nicht vor, dass die avantgardistischen Mitglieder der Union das Recht haben, miteinander voranzuschreiten, wenn die konservativen Partner nicht mithalten wollen? Die SPD, deren europäisches Engagement eine neue Dynamik braucht, wäre gut beraten, wenn sie nicht

locker ließe, sich für die Transaktionssteuer mit den Grünen weiterhin einzusetzen, um dafür im Bundestag doch noch eine Mehrheit zu erhalten. Während die sozialdemokratischen und die grünen Fraktionen im Europäischen Parlament (v.a. mit den französischen Sozialisten) sich mit allen Mitteln dafür stark machen sollten. Übrigens verbietet die Verantwortung für Europa, ja der leidenschaftliche Dienst an der Union jede Liaison mit der »Linken«, deren Chefs und deren Abgeordnete im Bundestag gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt haben. Die »Linke« ist – neben den rechtsradikalen Sekten der NPD und »Republikaner« – die einzige antieuropäische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Schon aus diesem Grund war der rasche Abbruch der Gespräche nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine notwendige Entscheidung, die zumindest für alle Länder und Kommunen in Westdeutschland gelten sollte. Das Vereinte Europa ist *raison d'être* der deutschen Demokratie.

Zunächst freilich sind es die Fluten des Geschwätzes, die den Euro zu überschwemmen drohen. Das gilt für die Medien (gleich welcher Art), in denen ganze Geschwader von Kassandren beiderlei Geschlechtes das Ende der gemeinsamen Währung heraufbeschwören. Das gilt freilich auch für die sogenannten Experten wie Josef Ackermann, der in einer Talkshow Zweifel laut werden ließ, ob Griechenland wirklich die Leistungskraft aufbringe, sich einem rigorosen Sparprogramm zu unterwerfen und seine Schulden abzutragen. Erinnernte sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank nicht an die bodenlose Fahrlässigkeit seines Vorgängers Breuer, der mit seinen öffentlich geäußerten Zweifeln an der Kreditfähigkeit des Medienkonzerns Kirch den Münchner Fernseh-Zaren in die Insolvenz zwang? Vergaß der schneidige Schweizer, dass die Klagen des alten Riesen noch immer als ein Damokles-Schwert über dem

reichsten und angeblich solidesten Geldhaus der Bundesrepublik schweben (das seine Erfolge übrigens fast ausschließlich dem Spekulations-Geschäft verdankt)?

Der Spiegel räumte zwei seiner Feuilleton-Seiten dem holländischen Schriftsteller Leon de Winter ein, ein Romancier in den oberen Rängen der zweiten Klasse, der nach dem Nah-Ost-Konflikt ein weiteres Feld gefunden hat, von dem er wenig genug weiß, um mit umso entschiedeneren Meinungen prunken zu können. Er sehnt sich nach dem Gulden, der D-Mark, ja sogar dem wieselflinken Franc und der windigen Lira zurück. Nach der guten alten Zeit, die in Wirklichkeit eine schlechtere war.

Unterdessen ist die deutsch-französische Partnerschaft, tausendmal totgesagt, weiter vorangeschritten. Auch die Kanzlerin Merkel fordert unterdessen eine engere Koordination der Finanz- und Wirtschaftspolitik vor allem Frankreichs und Deutschlands. Dies strebt Präsident Sarkozy schon lange an. Warum sträuben sich die Damen und Herren in Berlin noch immer gegen eine Art Wirtschaftsregierung für Euro-Land, die mit strenger Autorität über die Stabilitäts-Kriterien wacht und einen gemeinsamen Kurs für lange (und für kurze) Wegstrecken vorgibt? Der ideale Kandidat für den Vorsitz wäre, das versteht sich, der luxemburgische Regierungschef Juncker.

Die Kanzlerin – offensichtlich im Augenblick mehr ihrer maroden Koalition als der europäischen Solidarität verpflichtet, möchte die Vorgaben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik lieber der Gesamt-Union mit ihren 27 Mitgliedern als den Euro-Ländern anheimgeben. Warum? Um eine Bajuwierung der Deutschen zu verhindern? Doch eher um Entschlusskraft der Wirtschaftsautorität zu neutralisieren. Auch dieses Projekt lohnt die Mobilisierung der europäischen Vernunft durch die Sozialdemokraten. Sie müssen verhindern, dass Angela Merkel eine Signora Machiavelli zu spielen versucht. Dazu hat sie das Zeug dann doch nicht.